

Bezugspreis:

Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. ...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Volk und Welt" ...

Telegraphen-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelgenpreis:

Die einseitige Annoncenzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 22. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Kanzlerrede in Genua.

Genua, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Reichskanzler Dr. Wirth hielt anlässlich eines Empfangs ...

Die Konferenz von Genua ist für uns eine Etappe des Rettungswerkes, das wir mit unternommen haben ...

Auf den Schritt, den wir durch die Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo unternommen haben, möchte ich hier nicht ausdrücklich eingehen ...

waren plötzlich deutsche Interessen bedroht.

und es galt, sie rechtzeitig wahrzunehmen. Das war unsere Pflicht, und wir haben unsere Pflicht getan ...

nicht unterzuordnen im Sinne des Diktats.

Die Entscheidung darüber liegt jetzt bei den Großmächten, namentlich bei England. Lloyd George hat gestern eine friedliche Rede gehalten ...

Eines unserer deutschen Sprichwörter sagt, daß die Frauen die besten seien, von denen man nicht spricht. Ich muß dieses Sprichwort etwas abgeändert auch auf die Genua-Konferenz anwenden ...

die Einheit Deutschlands gerettet.

und das verdanken wir nicht zuletzt dem Geist der neuen Verfassung von Weimar, in der es nicht, wie in der ersten Reichsverfassung, heißt, daß sich nur die deutschen Fürsten zu einem Bunde zusammengeschlossen haben ...

Im Auslande machen sich unsere Volksgenossen oft ein falsches Bild von unseren innerdeutschen Verhältnissen. Deutschland ist kein politisches Chaos, sondern bei allen tiefen Meinungsverschiedenheiten gibt es für dieses schwergeprüfte Volk ein gemeinsames Ziel ...

alle Völker ohne Ausnahme leiden

nach diesem Kriege unter den größten Schwierigkeiten. Unsere Politik ist mit vielen Opfern verbunden gewesen. Wir haben unser Möglichstes getan, vielleicht sogar auch Unmögliches vollbracht ...

Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden von den Mitgliedern der deutschen Kolonie mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im Anschluß hieran ließ sich der Reichskanzler die Anwesenden durch den Botschafter und den deutschen Konsul in Genua vorstellen.

Nach dem Zwischenfall.

V. Sch. Genua, 21. April. (Eig. Drahtbericht.) Mit der heute mittag überreichten Antwortnote kann der Zwischenfall des Rapallo-Vertrages als gänzlich beigelegt betrachtet werden. Wie aus den Ausführungen Dr. Rathenaus auf einem allgemeinen Presseempfang, der aus diesem Anlaß im Edenhotel stattfand, herauszulesen war, hatte die persönliche Rede von Lloyd George vor den Journalisten Tags zuvor die Wirkung, daß die deutsche Note im Ton und Inhalt sehr entgegenkommend ausfiel ...

Die Note hat im allgemeinen auch auf die übrigen Delegationen einen günstigen Eindruck gemacht. Schließlich sind auch die meisten Alliierten zufrieden, daß das Gespenst eines Aufstiegs der Konferenz gebannt werden konnte. Das ist namentlich die Stimmung bei den Engländern und Italienern. Die italienische Presse weist in ihren bisherigen Kommentaren die deutsche Reizung auf diesen Ausgang als einen Sieg der deutschen Position darzustellen, und sie hebt besonders die Tatsache hervor, daß der Vertrag von Rapallo letzten Endes aufrechterhalten bleibt ...

Ob von Frankreich Schwierigkeiten noch zu erwarten sind, steht dahin. Dazu ist augenscheinlich bei allen anderen Delegationen keine Reizung vorhanden, die immer mehr unter den überragenden Einfluß von Lloyd George zu geraten scheinen. Auf französischer Seite ist man augenscheinlich mit der "Räuhigung" gegenüber den Deutschen nicht zufrieden. Daß Barthou noch einmal in den Ruf der allzu großen Räuhigung und Schwäche geraten würde, hat er sich wohl selbst niemals träumen lassen. Indessen dürfte dieser Konflikt in Paris und nicht mehr in Genua ausgetragen werden, indem Barthou als Delegationsführer von Paris aus "von hinten erdolcht" wird, ebenso wie Barthou selber im Januar Briand "erdolcht" hatte ...

Das Meistbegünstigungsrecht.

Neue Rede Robert Schmidts in Genua.

Genua, 21. April. (Sonderbericht des Soz. Parlamentsdienstes.) Die Unterkommission für Wirtschaftsfragen hat heute den größten Teil der zur Beratung stehenden Fragen zum Abschluß gebracht. Es wurde eine Unterkommission eingesetzt, die alle vorliegenden Anträge zu einer Einheitsresolution ausarbeiten soll. Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt nahm auch in der heutigen Sitzung das Wort zu einer kurzen, aber wirkungsvollen Rede über das Meistbegünstigungsrecht. Schmidt wünschte eine allgemeine Verständigung über die handelspolitischen Fragen, insbesondere von solchen Mächten, die geographisch eng zusammenliegen. Die Meistbegünstigung dürfe nicht mehr wie heute einseitig gehandhabt werden, zumal eine Anzahl von Staaten gebunden seien (Versailler Vertrag) und Gegenleistungen nicht verlangen können. Wir müßten unbedingt wieder zu einem Zustand des internationalen Ausgleichs und des gleichen Rechts kommen. Noch sei ein internationaler Handel durch Staatenzerpflünderung in Europa, die vielen Währungen und die Differenzierung im Eisenbahntarif gestört. Zum Schluß kündigte Schmidt neue Anträge der deutschen Delegation zum Meistbegünstigungsrecht an.

Wirklicher Wucher.

Von E. Hartmann, Thüringischer Staatsminister.

Die Zeitungen berichten von Absichten der Reichsregierung, dem Wucher ernsthaft zu Leibe zu gehen. Wuchergerichte und Preisprüfungsstellen haben den echten Wucherer nie erwischt. Ich behaupte auch heute und immer, der Wucher ist nie zu unterdrücken, selbst nicht mit den fürstlichen Gewaltmitteln, solange ein großer Teil des Volkes so viel Geld zur Verfügung hat, daß er auch die tollsten Preise bezahlen kann. Im Gegenteil, bei weiterer Geldentwertung muß auch der Wucherer weiter zunehmen.

Um aber zu verhindern, daß die Reichsregierung nicht wieder irgendein Duzend kleiner Sünder aufhängt und große laufen läßt, erlaube ich mir, den zurzeit in Deutschland am besten und großzügigsten organisierten Wucherer nachzuweisen. Bisher hat ihn weder ein Wuchergericht, noch eine Preisprüfungsstelle erwischt, obwohl er geradezu handgreiflich ist und sämtliche Einwohner Deutschlands drückt.

Es ist der Wucher mit Zucker, durch die Zuckerrabriten. Auf Betreiben dieser Interessenten und des Handels ist am 1. Oktober 1921 mit Beginn des neuen Zuckerwirtschaftsjahres die Zwangswirtschaft für Zucker aufgehoben worden, der Zucker wurde frei. An Stelle der Reichszuckerstelle wurde von den Fabriken eine Zuckerwirtschaftsstelle eingerichtet. Sie sollte die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung gewährleisten. Dem Volke war vorher in der Presse genügend vorgelassen worden, daß Deutschland reichlich Zucker habe, es seien allein im Jahre 1921 25 Proz. Zuckerrüben mehr angebaut als im Jahre 1920, weshalb auch eine Verteuerung durch die Freigabe ausgeschlossen sei. Hinterher stellte sich freilich heraus, daß die Anbaufläche für Rüben nicht um 25, sondern nur um 2 Proz. gestiegen war. Aber der Zweck heiligt die Mittel, der Zucker ist frei, wir haben eine wirkliche Zuckernot und wirklichen Wucher! In der Zwangswirtschaft wurden die Abgabepreise des Verbrauchszuckers von den Fabriken an den Großhandel und des letzteren Verdienst durch die Reichszuckerstelle nach Verhandlung mit den Interessenten festgelegt und zwar für das ganze Jahr. Die Fabriken sind dabei nicht zugrunde gegangen, sondern haben ungeheure Gewinne erzielt. Sie schwammen buchstäblich im Gelde.

Die Zuckerrüben werden meist auf Grund von Verträgen mit den Rohzuckerfabriken angebaut, der Lieferpreis wird vor dem Anbau vereinbart. Er betrug für den Zentner in den beiden Erntejahren 1920 und 1921 20 Mk. Auf Grund dieser Preise und der sich darauf aufbauenden Rohzuckerpreise wurden dann die Abgabepreise für Verbrauchszucker bestimmt. Sie betragen für den Sack zu 100 Kilo im Jahre 1920 von Oktober bis 31. Dezember rund 575 Mk. Wegen des Zinsverlustes war vom Januar 1921 ab für jeden Monat ein Aufschlag von 5,20 Mk. zu zahlen. Bis Oktober 1921, also für 10 Monate, betrug demnach der ganze Aufschlag 52 Mk. und die 100 Kilo Zucker aus alter Ernte kosteten etwa 627 Mk. Auf Drängen der "selbstlosen" Interessenten wurde nun der Zucker im Oktober 1921 aus Rüben neuer Ernte ebenfalls zu 20 Mk. der Zentner nicht etwa auf den Anfangspreis des vergangenen Jahres von 575 Mk. zurückgesetzt, wie es in der Vorkriegszeit gewesen wäre, sondern auf 700 Mk. erhöht. Diese "Bergünstigung" sollte aber nicht lange dauern. Bereits im November und Dezember entstand ungeheure Knappheit, der Bedarf des Volkes wurde nicht im geringsten gedeckt. Die Zuckerrabriten entdeckten nun ihr menschenfreundliches Herz und gaben Mitte Dezember Zucker frei, der eigentlich erst im Januar-Februar geliefert werden sollte. Freilich, das Wohlwollen mußte bezahlt werden, die Fabrikanten ließen sich den Doppelzentner trotz des gleichen Rübenpreises nunmehr mit 1000 Mk. bezahlen. Also 300 Mk. mehr als im Oktober-November. Es kommt aber noch besser. Im Januar-Februar wurde weiter zu 1000 Mk. geliefert. Im März mußten schon über 1300 Mk. bezahlt werden. Vor Mai gibt es nun nichts wieder und was der Zucker dann kostet, wissen die Götter. Es ist aber offenes Geheimnis, daß vom gewissenlosen Großhandel heute schon 2200 Mk. für 100 Kilo geboten werden. Freilich, es ist ja unterdessen die Zuckersteuer um 36 Mk. für 100 Kilo erhöht worden. Wie hat man sich um diese wenigen Mark im Reichstage gestritten und mit welcher Reichlichkeit legen uns die Fabrikanten die 17fache Steuer auf, ohne daß sich jemand rückt!

Zugegeben, daß Kohlen, Löhne und sonstige Spesen seit Oktober gestiegen sind. Sie wären aber bis heute reichlich abgegolten mit einem Preise von 700 Mk. oder 125 Mk. mehr als im Herbst 1920 bei gleichen Rübenpreisen. Der Fabrikant steckt heute bei 1300 Mk. für einen Sack zu 100 Kilo 600 Mk. unberechtigten Gewinn ein, oder bei jeder Ladung zu 150 Sack 90 000 Mk. Wäre er der Rübenzüchter, dann gäbe es noch eine kleine Entschuldigung. So aber muß es als reiner Wucher bezeichnet werden.

Es muß aber noch trübere Bäche geben. Die Bonbonfabrikanten haben ihre Abgabepreise ebenfalls neu festgesetzt und zwar auf 4360 bis 5550 Mk. für 100 Kilo. Bei diesen Preisen können sie für Zucker gut und gerne 2500 Mk.

für 100 Riko bezahlen. Und merkwürdig, sie haben genügend Zucker und das Volk nicht viel mehr als vor dem Kriege.
Der Mindestbedarf des deutschen Volkes an Verbrauchs-zucker beträgt im Jahr 7 Millionen Doppelzentner. „Verdient“ nun der Fabrikant an jedem Doppelzentner nur 500 M. zuziel, so find es 3,5 Milliarden Mark, die dem Volke zuviel abgenommen werden. Die Reichsregierung ziehe diesen Ueber-gewinn ein und lasse die Herrschaften dann eben mit einer ordentlichen Geldstrafe belegen. Sie kann spielend aus den Riefengewinnen früherer Jahre gezahlt werden. Die Regie-rung kann das Geld sehr gut brauchen und dem Volke würde eine wirkliche Freude bereitet.

Ledebour vielleicht für Koalition.

Aber nicht jetzt!

In der „Freiheit“ veröffentlicht Ledebour einen Ar-tikel, in dem er sich mit den „Befürwortern eines Regierungs-bündnisses mit bürgerlichen Parteien“ innerhalb der U.S.P. auseinandersetzt. Er wendet sich gegen die Auffassung, daß das Leipziger Manifest die Möglichkeit einer Koalition mit bürgerlichen Parteien offen lasse und erinnert daran, daß er gegen die Anhänger der Koalitionspolitik die Aufnahme eines „Sahes“ in das Manifest durchgesetzt habe, der eine „Klassen-kampfpolitik, frei von jeder Regierungscoalition mit bürger-lichen Parteien“ verlangte. Er fährt dann fort:

In der Begründung zu diesem Antrag wies ich darauf hin, daß das Spiel mit den hypothetischen Möglichkeiten irgendeiner tatsächlichen Koalition in der Zukunft an sich ein Verfahren sei, das auf die Verwirrung und auf die Untergrabung jeder Stellungnahme hinauskomme. Man müsse einer solchen hypothetischen Frage: „Was würdest du tun, wenn einmal in späterer Zeit dieses oder jenes Ereignis eintreten würde?“ immer die Antwort entgegenbringen: „Dar-über werde ich mich entscheiden, wenn der Fall wirklich eintritt.“ Nach alter Erfahrung spielen sich die Dinge in der Praxis niemals so ab, wie man die Zukunftsentwicklung nach Augenblitzeingebun-gen zu konstruieren sucht. Bildet man aber auf solche hypothetischen Zukunftsfragen eine Antwort, so dient das dem Fragesteller nur dazu, um eine für die Gegenwart mögliche, bestimmte Stellung-nahme zu vereiteln. Eine Partei dürfe deshalb, wenn sie Rich-tlinien für ihr politisches Verhalten aufstellen will, sich nur von den zurzeit vorhandenen klar erkennbaren Tatsachen in ihrer Entschlei-dung beeinflussen lassen und müsse alle hypothetischen Zukunfts-spekulationen von der Hand weisen.

Man kann alles mögliche behaupten, nur das nicht, daß eine solche Stellungnahme eine grundsätzliche Ablehnung der Koalitionspolitik darstellt. Man muß im Gegenteil dar-über erörtern, mit welcher Vorsicht selbst Ledebour für die Zukunft alle Türen offen halten will. Grundsätzliche Gegner der Koalitionspolitik scheint es danach überhaupt nicht mehr zu geben, die Sache steht vielmehr so, daß die Sozial-demokraten und ein Teil der Unabhängigen die Notwendig-keit der Koalitionspolitik unter den gegebenen Umständen ein-sehen, während der andere Teil der U.S.P. diese Politik jetzt noch ablehnt und erst noch „auf dieses oder jenes Ereignis“ warten will.

Zedenfalls ist die Zeit, da jede Koalitionspolitik mit „Arbeiterverrat“ gleichgesetzt wurde, ein für allemal vorbei.

Schutzpolizei und Koalitionsrecht.

Ein Polizeimajor, der die Verfassung nicht kennt.

Man schreibt uns: Die Reichsverfassung hat bekanntlich allen Staatsbürgern — einschließlich den Beamten — das Koalitionsrecht garantiert. Auch die Polizeibeamten sind — wenn sie auch von sich aus auf ein etwaiges Streikrecht verzichten — von diesen Verfassungsbestimmungen nicht ausgenommen. Dem stell-vertretenden Abteilungsleiter der Luftfahrtüberwachungsabteilung, Polizeimajor Witte, scheint aber unsere Reichsverfassung ein Buch mit sieben Siegeln zu sein. Als nämlich zu seiner Abteilung ein gewerkschaftlich organisierter Schutzpolizist veretzt wurde, befahl er am 16. März d. J. die Offiziere, Haupt- und Oberwacht-

meister zu einer Besprechung und führte ungefähr folgendes aus: „Soweit ich informiert bin, gehört kein Beamter der Abteilung irgendeinem Verbands- oder Verein an. Wir haben nun einen herbeikommen, der im Verband ist. Er ist schon vom Kommandeur mit einem strengen Verweis bestraft worden und wird wohl nicht ganz unschuldig sein. Wir sind keine Straf-abteilung! Sie müssen besonders darauf achten und uns unterstützen!“ Dieser Wink wurde dann auch befolgt und schon am 19. April erging folgende Meldung des Polizeimajors Witte an die vor-gelegte Dienststelle:

Kommando der Schutzpolizei.
Abt. H. Tg. Nr. . . .

Berlin, den 19. April 1922.

U.

Der Abteilung Z 2b zurückgereicht.

Die Luftfahrtüberwachungsabteilung bittet, den Polizeiwacht-meister Adolf B. aus dem Dienst der Schutzpolizei zu entlassen, weil er

1. trotz des ausdrücklichen Verbotes eine Verbands-versammlung bzw. Besprechung einberufen hat, trotzdem er erst vor kurzem wegen des gleichen Vergehens be-straft worden mußte und bei dieser Gelegenheit darauf hin-gewiesen wurde, daß er bei einem weiteren Verstoß sofort ent-lassen würde,

2. wegen Verbreitung einer Flugchrift, in der gegen den Referentenentwurf des RvA. in heftiger Weise Stellung genommen wird und

3. wie zu 1 in den Unterkunftsräumen der Abteilung zum wiederholten Male Einladungen zu einer Versamm-lung verteilt hat.

D. B. gez. Witte, Polizeimajor.

Wie wir uns persönlich überzeugt haben, enthält die unter 2. angeführte Beamtenflugchrift absolut nichts Heberisches, sondern sie bewegt sich durchaus in dem gesetzlich zugelassen Rahmen. Die Verteilung von Einladungen zu Gewerkschaftsversammlungen ist nirgends verboten. Verboten ist lediglich die parteipolitische Propaganda innerhalb der Diensträume.

Es ist dies ja nicht der einzige Fall, daß Offiziere der Schutz-polizei, die ja wohl in erster Linie zum Schutze der Verfassung da sind, sich über diese Verfassung hinwegsetzen. Um so notwendiger erscheint es, daß den Offizieren der Schutzpolizei so schnell wie möglich in einem Kursus die Elementarbestände der Staatsbürger-tunde beigebracht werden.

Verschleppte Entscheidungen.

Stiller Kampf gegen sozialistische Schulmänner.

Durch die bekannte Ablehnung der 12 gewählten Direktoren in Berlin durch das Provinzialschulkollegium ist die heimliche politische Treiberei gegen die Sozialdemokratie, die im Reich wie in Preußen an der Koalition beteiligt ist, offenkundig geworden. Diese Tatsache wird weiter bestätigt durch das Verhalten der höchsten preussischen Schulbehörde; denn nicht nur das Pro-vinzialschulkollegium, sondern auch das Ministerium Boellig zeigt denselben politischen Kurs.

Von dem im Mai vorigen Jahres in Berlin gewählten Direk-toren höherer Lehranstalten ist auch wieder der sozia-listische Teil — mit Ausnahme des Kommunisten Groß — bis heute nicht bestätigt! Die bürgerlichen oder „unpolitischen“ Kandidaten sind bestätigt und amtiert. Ein Sozialist ist unter-nichtigen Gründen abgelehnt, die Bestätigung der anderen Sozial-isten wird „dilatorisch“ behandelt. Was heißt dilatorisch behandeln? Ist etwa der jetzige Zustand an den Schulen ohne Direktoren so vorbildlich, daß er verdient, verewigt zu werden? Wartet Herr Boellig aus Angst vor seinen Parteifreunden auf einen willkom-menen Tod der sozialistischen Anwärter? Wartet er auf „Fälle“, auf Grund derer er Ablehnungen aussprechen kann? Die Anfrage Bahle und Genossen, die kurz vor den Ferien im Landtage gestellt wurde, wird Herrn Boellig Gelegenheit geben, sich über die innere Berechtigung der „dilatorischen“ Behandlungsweise von Bestätigungen sozialistischer Schulleiter auszusprechen. Er wird davon hoffent-lich recht bald Gebrauch machen.

Ein herrlichen Rahmen gibt aber der heutigen Wittestadt die in Quedlinburg in höchster Blüte stehende Blumen- und Samen-zucht durch weite Blumenfelder und Gärten. Sogleich beim Eintritt vom Bahnhofe aus, grüßt die Flora, die der Stadt die Blume überreicht und in weiterem Bogen umschließen die grünen Höhen des Harzes die tausendjährige Jublarin

Kunst im Werbewesen. Die Auflösung des Vereins der Plakat-freunde gab den äußeren Anstoß zur Gründung eines „Aus-schusses für Werbewesen im Deutschen Ver-lund“. Prof. Peter Behrens wurde gebeten, den Vorsitz zu übernehmen. Er wird alle künstlerischen Fragen des kaufmänni-schen Werbewesens bearbeiten, wie Wettbewerbe, Künstler- und Reichstagen, Reklameberatung usw. Eine eigene Zeitschrift, vom früheren Herausgeber des „Plakat“ geleitet, soll das Verständnis für die Kultur in der Reklame wecken und über alle künstlerischen und kulturellen Fragen auf dem Gebiete Bericht erstatten. In dem Ausschuss sollen Künstler, Fachleute, Drucker, Reklameverbraucher und verschiedene Verbände vertreten sein: H. Gerson-Berlin, Her-mann-Röh, Jessen-Berlin, Kaiser-Hannover, Klingpor-Offenbach, Körner-Stuttgart, Krupp-Wiesbaden, Kupferberg, i. Fa. Selttelerei Kupferberg-Mainz, Lindner, Hans Reyer, Redendorf, Redlach, Sachs, von Zur Westen-Berlin.

Kari Binnen, der bekannte Wappmaler, ist 58 Jahre alt, in München gestorben. Seine Geburtsstadt war Bremen, wo er als Sohn eines Reeders das Licht der Welt erblickte. Nach-dem er kurze Zeit Kaufmann gewesen war, besuchte er die Akademien in Düsseldorf und Karlsruhe, machte Studienreisen durch Holland und Belgien und schloß sich dann seiner Künstlergemeinschaft an, die sich im Dorfe Wappmühle im Regierungsbezirk Stade niedergelassen hatte und deren bekannteste Mitglieder Otto und Paula Moller, Hein-rieh Vogeler, Wadenen und Hans am Ende waren. In malerischen Darstellungen der Moorlandschaft und ihrer Bewohner suchte man hier eine stilistische Verschmelzung von fröhlichem Naturalismus und seiner Stimmungspoeie zu schaffen. Binnenens bekannteste Werke sind der „Abend“ in unserer Nationalgalerie, „Ruhe“ (Bremer Kunsthalle) und „Auf der See“ (Dresdener Galerie). Viel-genannt wurde sein Name vor etwa einem Jahrzehnt, als er mit Unterstützung zahlreicher deutscher Künstler und Kunstfreunde einen „Protest“ gegen das Eindringen der französischen Kunst veröffentlichte.

Sammelexpedition nach dem Adriatischen Meere. Um eine größere Anzahl lebender und konservierter Meeres-tiere zu beschaffen, rüstete die Zoologische Station Bismarck eine Sammelexpedition nach dem Adriatischen Meere aus. Die Sammelexpedition ging in folgender Weise vor sich: Eine Anzahl Fischer in den bei Triest liegenden Fischerorten wurde beauftragt, bestimmte Tierarten zu sammeln. Die von den Fischern gesammel-ten Tiere wurden von ihnen in Körben, welche mit einem Reif oben verschlossen waren, an geeigneten Stellen im Meere versenkt. Direktor Mülleger der Bismarck Station, der die Sammelexpedition selbst leitete, fischte täglich in einer geeigneten Fischer-börte. Trotz mancher Verluste konnte Mülleger doch etwa 8000 lebende Tiere von der Adria mit fortnehmen. Der Transport ging

Herr Boellig hat im Unterrichtsausschuss, als er wegen des Falles Groß von den Deutschnationalen angezapft wurde, seinen Standpunkt dahin präzisiert, daß er nur die fachliche Eignung und nicht die politische Gesinnung zu prüfen habe. Das entspricht der Meinung seiner Partei, die erst neulich im Reichstag den Minister Köster bei seiner Personalpolitik vor Gesinnungsschnüffelei warnte. Es kommt aber außerdem Herrn Boellig noch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts zu Hilfe, das dahin entschieden hat, selbst Kommunisten könnten alle Beamtenstellen, also auch vorge-setzte, bekleiden. Es müßte also die ausbleibende Bestätigung nur an der fachlichen Eignung liegen. Das kann aber wieder nicht stimmen, da unseres Wissens in den noch ausstehenden Fällen die Bestätigungen vom Provinzialschulkollegium emp-fahlen worden sind.

Waffensfund in Leipzig.

Aus Leipzig meldet M.T.B.: Die Kriminalpolizei beschlagnahmte in einem Grundstück in der Nommengasse ein schweres und ein leichtes Maschinengewehr, zehn Anianteriegewehre, eine Kiste Handgranaten und einen Posten Maschinengewehr-munition. Zwei junge Kaufleute, die beauftragt waren, das Material wegzuschaffen, wurden verhaftet. Die Nachforschungen ergaben, daß außerdem ein hiesiger Zahnarzt, ein Kaufmann und wahrscheinlich noch andere Personen beteiligt sind. Die er-mittelten Personen wurden festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Nach den beteiligten Personen muß es sich um Waffen rechts-stehender Kreise handeln, wahrscheinlich einer jener reaktionären Geheimorganisationen, deren Existenz schon vor Monaten durch den sächsischen Innenminister enthüllt wurde.

Zum Tode Otto Hues.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Max, hat an den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstags-fraktion, den Genossen Müller, folgendes Schreiben gerichtet:

„Romens der Zentrumsfraktion des Reichstages erlaube ich mir, Ihnen persönlich sowie der gesamten Fraktion der Reichstagssozial-demokraten, das herzlichste Beileid an dem schweren Verlust auszusprechen, der durch das Hinscheiden von Hues der SPD zugefügt worden ist. Hues hat sich seit jeher ausgezeichnet durch warme Liebe zu seinen engeren Arbeitskollegen, den Bergarbeitern, und hat mit außerordentlichem Geschick und Erfolg sich der Vertretung ihrer Interessen angenommen. Daneben hat er aber auch für seine unvollkommenen, in langjähriger, praktischer Arbeit gewonnenen eingehenden Kenntnisse des Bergbaues und seiner Ver-hältnisse die Fähigkeiten belesen, die in Betracht kommenden Fragen im Sinne des Allgemeinwohls erfolgreich in der Öffentlich-keit zu vertritt. Sein Tod hat eine fühlbare Lücke in die Reihen der Volksvertreter getiffen. Sein Hinscheiden wird in weiten Kreisen bedauert werden.“

Die neuen Postgebühren.

Halbamtlich meldet M.T.B.: Die Beratung der neuen Gebühren-vorlage wurde am Freitag vom Reichspostministerium und dem Ver-kehrsbeirat fortgesetzt; die Notwendigkeit der Gebührenerhöhungen und ihr Ausmaß im allgemeinen wurde anerkannt. Der Verkehrs-beirat beantragte indes Herabsetzung der Gebühr für die Postkarte im Fernverkehr von 2 M. auf 1,50 M., den Wegfall der Drucksachenkarte und die Festsetzung der Gebühr für Ansichtskarten mit fünf Worten auf 50 Pf. Ein weiterer An-trag ging dahin, für Briefe im Fernverkehr eine Stufe bis 500 Gramm zu 6 M. und für Geschäftspapiere, Warenproben und Mitbringungen eine Unterstufe bis 100 Gramm zum Satz von 2 M. einzuführen. Für Pakete wurde die Einführung einer Zwischen-stufe von 5 bis 7½ Kilogramm gewünscht. Im Auslandsverkehr wird die Erhöhung der Gebühr für den einfachen Brief bis 20 Gramm auf 8 M. und eine entsprechende Erhöhung der übrigen Sätze gemäß den Bestimmungen des Weltpostvertrages für ange-messen erachtet. Der Verkehrsbeirat hält grundsätzlich auch eine an-gemessene Erhöhung der Zeitungsgebühren für er-forderlich. Ueber die Sätze und Maßnahmen im einzelnen ist nicht verhandelt worden. Der Entwurf der neuen Gebührenordnung geht nunmehr zunächst dem Reichsrat zu.

In einem Fischwaggon vor sich, der für die Verfrachtung lebender Meeres-tiere durch den Besitz von Sauerstoffflaschen geeignet gemacht war. Bei dem Eintreffen in Bismarck lebten noch etwa 75 bis 80 Pro-zent verlebten Tiere, gewiß ein ganz beachtenswerter Erfolg. Die Kosten des Unternehmens waren beträchtlich, sie waren so groß, schreibt Direktor Mülleger in den „Schriften der Zoologischen Station Bismarck für Meereskunde“, daß er für diesen Betrag in Friedenszeiten seine ganze zoologische Station mit samt dem Aquarium hätte bauen können.

Das Ende der Raubfischwalbe in Deutschland stellt Prof. Dr. Dietrich-Hamburg in der Ornithologischen Monatschrift fest. Wir hatten in Deutschland drei Brutstätten der Raubfischwalbe, nämlich auf der Sandbank Stubber im Greifswalder Bodden, auf einem Holm im Brecker Bodden bei Trent auf Rügen und auf dem Ellenbogen auf Ost. Dabei liegt freilich die Zeit, in der die beiden ergründeten Orte Brutplätze der Raubfischwalben waren, schon weit zurück. In den letzten Jahren waren wohl die wenigen Paare des Ellenbogens die letzten Brutpaare Deutschlands. Die Ankunft der Raubfischwalben erfolgte in der Regel im letzten Drittel des April. Der Abzug fand im September statt. Die Brutkolonie befand sich fast ausnahmslos auf dem recht breiten Bor-strande an der Nordküste des Ellenbogens. Die Nester wurden gern neben angetriebenen Holzstücken, einem Grassbüschel oder einem Häufchen Seetang angelegt, bestanden aus einer flachen Mulde und enthielten von Ende Mai ab zwei oder drei Eier, die in der Größe denen unserer Hausenten entsprechen. Beim Brüten sahen die Vögel mit dem Gesicht gegen den Wind. Die Jungen wurden mit Fischchen, aber auch mit jungen Vögeln ernährt. Nahrungsmangel war es nicht, was die Raubfischwalbe von der Küste vertrieb, sondern das Verschwinden ist noch auf das Konto der Kriegsjahre zu setzen, wo alle Brutplätze stark durch militärische Belegung der Inseln deunruhigt worden waren. Darauf verließen, sagt Prof. Dietrich, die letzten Brutpaare das ungeliebte Gestade.

Gummipflaster. In der Londoner City hat man erfolgreiche Versuche mit Gummipflaster angestellt. Das ermutigte eine dänische Firma zur Nachahmung. Sie erbot sich vom dänischen Straßenbauamt die Erlaubnis, auf eigene Kosten in der Nähe von Rjoge ein 200 Meter langes Stück der Sandstraße mit Gummi zu pflastern. Eine leicht gewölbte Zementschicht diente als Unterlage, nachdem unterlage wurden Gummipflaster von 6 Quadratmeter Fläche und 2 Zentimeter Höhe aufeinandergefügt. Die Kosten sind etwa doppelt so hoch wie die für eine einfache geschotterte Sandstraße; dafür verspricht man aber der „Gummistraße“ eine Lebensdauer von etwa 50 Jahren.

Die Kabelle der Staatsoper hat die Genehmigung erhalten, am 20. 12. Uhr mittags, im Opernhaus im Rahmen des „Musiker-Objektives“ ein Konzert zu veranstalten. Der Ertrag dient der Errichtung von Orchesterstühlen, die den ständigen Orchestermitgliedern werden sollen. Wilhelm-Rubin-Galerien hat sich für die Errichtung dieses Konzerts zur Verfügung gestellt. Zum Vorzug kommt Cavertine zu „Samon“, Seidenbau, 1. und 2. Simons (Graf). Preis der Plätze 5 bis 10 M. Boverauf am Sonntag, den 21. an der Opera-fasse, bei Dote u. Sod, Berlin, Invalidenband.

Eine tausendjährige Stadt.

Von Karl Rütge.

Heute feiert die Stadt Quedlinburg ihr 1000jähriges Bestehen.

Als Junge muß man dringesteht haben in so einem alten, mittelalterlichen Städtchen. Von der großen Welt draußen hat man nicht einen Schimmer gehabt, und das nahe Halberstadt mit seiner elektrischen Straßenbahn war wie eine Märchenstadt. Gewundert hat es uns nur, daß so viele Fremde zu uns nach Quedlinburg kamen, und am meisten, daß sie alle nach dem „Dome“ fragten.

Wir schüttelten dann immer den Kopf und sagten, daß so etwas in der Stadt nicht sei. Ziel dann aber von den Fremden die Bemerkung von einem alten Schloß und so, das es in Quedlinburg doch geben solle, dann verließen wir im breitesten Quedlinburger Platz, daß wir das natürlich kennen und den Weg auch wüßten. Und umständlich gaben wir eine Beschreibung des Weges.

So und nicht anders war's um die Wende des Jahrhunderts, als ich meine Kindheit in der alten Harzstadt verlebte, und so ist es wohl noch heute. In Quedlinburg kennt man eben nur das Schloß.

Der stolze Bau, auf einem hohen Sandsteinfelsen westlich der Stadt errichtet, ist als Wahrzeichen Quedlinburgs mehr Schloß denn Dom. Schlangt zum Himmel empor ragen wohl die wundernollen hohen gotischen Türme der Schloßkirche, die 997—1021 erbaut, 1129 und 1862—82 erneuert worden ist. Aber drei hin ziehen sich die flankierenden Gebäude des Schlosses, so daß die Schloßkirche fast ganz verschwindet.

Drinnen in der Kapita ruhen Heinrich I., der Gründer des alten Deutschen Reiches und die Kaiserin Mathilde. Der in Quedlinburg spielenden, wunderbaren Geschichte von diesem Heinrich, der am Vogelherde sah, als man ihn zum Königsthron holte, muß man gedenken. Quedlinburg ward sein Liebdingssitz, und das Schloß wuchs mächtig und drohend empor. Und unter diesem Schutze gedieh rasch die Stadt, die früh Marktgerechthe erhielt und als alte Hansestadt später einen nicht geringen Ruf bekam.

In wenigen Städten wird man so wie hier noch heute vom Mittelalter umfungen. Gäßchen mit prächtigen Fachwerkhäusern gibts in Menge und wenn man will, findet man noch ganze, recht spazig krumme und winkelig verlaufende Straßenzüge. Ein be-sonders eigenartiges Stadtbild ist aber der den Fremden meist ent-gehende „Münzberg“, der noch Reste eines im Bauernkrieg (1525) zerstörten Marienklosters aufweist und heute ein regelrechtes, in sich abgeschlossenes, altes Bergstädtchen darstellt. Der Quedlin-burger Markt ist, wie sich gehört, still-friedlich. Vor dem von Eisen ganz umponnenen Rathaus träumt seit Jahrhunderten ein kleinerer Roland. Im Rathaus drinnen sind Zeichen von Tapferkeit der Quedlinburger Bürger des Mittelalters, die selbst gegen den Raubgrafen vom Regenfein fochten und Sieger blieben. Auf dem Rathausboden kann man noch heute den eisenbeschlagenen Holzstaken sehen, in dem die Quedlinburger den in einem Teiche vor der Stadt gefangenen Grafen einige Monate lang eingesperrt haben sollen. Erinnerungen an Klopstock und den Turmmeister Guts Muths werden lebendig bei Dentmalern und Geburtshäusern.

Russlands Antwort.

Bedingungsweise einverstanden.

Genua, 21. April. (Spezialbericht des WTB.) Die an den italienischen Ministerpräsidenten gerichtete Note Tschitscherins hat folgenden Wortlaut:

Die russische Delegation hat mit größter Aufmerksamkeit die Vorschläge der alliierten Regierungen geprüft, die in dem Anhang zu dem Protokoll vom 15. April d. J. enthalten sind, und hat gleichzeitig die Ansicht ihrer Regierung darüber eingeholt. Die russische Regierung verbleibt bei der Ansicht, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Russlands und die Umstände, die sie herbeigeführt haben, Russland reichlich berechtigen würden, sich von allen seinen in den oben erwähnten Vorschlägen angeführten Verpflichtungen im Hinblick auf seine Gegenforderungen befreit zu sehen. Indessen ist die russische Delegation bereit, einen weiteren Schritt zu tun in dem Bestreben, zur Herbeiführung einer Lösung der Differenzen auszugleichen. Sie ist bereit, die Artikel 1, 2 und 3a des oben erwähnten Anhangs unter folgenden Bedingungen anzunehmen: 1. Daß die Kriegsschulden und die Zinsenschulden oder die ausgeschobenen Zinszahlungen aller Schulden vermindert werden; 2. Daß Russland ein angemessener finanzieller Beistand bewilligt werde, um ihm zu helfen, aus seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage so schnell wie möglich herauszukommen. Die russische Regierung ist unter dem Vorbehalt der oben angeführten Bedingungen bereit, den vormaligen Eigentümern die Rückgabe ihrer nationalisierten oder beschlagnahmten Güter wiederzugeben oder, falls dies nicht möglich ist, den berechtigten Forderungen der ehemaligen Eigentümer Genüge zu tun; sei es durch ein gegenseitiges, direkt mit ihnen abgeschlossenes Abkommen, deren einzelne Bestimmungen auf gegenseitigen Konferenzen erörtert und festgelegt werden würden. Ein finanzieller Beistand des Auslandes ist absolut unentbehrlich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands. Solange sich keine Aussicht auf Wiederaufbau bietet, sieht die russische Delegation keine Möglichkeit, ihr Land mit dem Gewicht der Schulden zu belasten, die es nicht bezahlen könnte. Die russische Delegation wünscht auch klar zu verstehen zu geben, obgleich sich dies eigentlich von selbst versteht, daß die russische Regierung keinerlei Verpflichtungen für die Schulden ihrer Vorgängerin übernehmen kann, solange sie nicht offiziell de jure von allen interessierten Mächten anerkannt worden ist.

In der Hoffnung, daß Sie diese Vorschläge für eine ausreichende Grundlage zur Wiederaufnahme der Beziehungen ansehen, verbleibe ich

Russisches Memorandum.

Genua, 21. April. (Antel.) Das russische Memorandum, das gleichzeitig mit der Note überreicht wurde, verlangt vor allem, daß folgende drei Punkte als Basis anerkannt werden: Anerkennung der vollkommenen Souveränität jeder Nation in Bezug auf ihr Wirtschafts- und Verwaltungssystem, gesetzliche, juristische und administrative Garantien für die Fremden, die sich nach Russland begeben, dort Handel zu treiben und sich wirksam am Wirtschaftsleben beteiligen, Anerkennung der Gegenseitigkeit zwischen den Regierungen in Bezug auf die gegenseitigen Schäden. Das Memorandum ruft in Erinnerung, daß die Alliierten sich bereit erklärt haben, die russische Frage vom Standpunkt der Gerechtigkeit und den Möglichkeiten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Russlands prüfen zu wollen. Beigefügt ist eine Darstellung der Revolution von 1917, die darlegen soll, daß die Sowjetregierung die rechtmäßige Regierung in Russland sei. In einer Anlage erbringt die russische Delegation den Nachweis, daß die Entente an den weingardistischen Interventionen beteiligt sei. Der Schluss stimmt mit der gestern von Proebroschenki überreichten Denkschrift überein, in der zu beweisen versucht wird, daß es Russland auf Grund seiner wirtschaftlichen Lage unmöglich sei, den Forderungen der Entente nachzukommen.

Sawinkoff in Genua verhaftet.

Genua, 21. April. (Antel.) Unter den 16 russischen Gegenrevolutionären, die hier verhaftet wurden, weil sie angeblich ein Attentat gegen die russische Delegation planten, ist auch der bekannte Weißgardistenführer Sawinkoff.

Genua, 21. April. (Spezialbericht des WTB.) Die Unterkommision der ersten Kommission hat heute unter Vorsitz des Ministers Schanzer ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Der Präsident teilte mit, daß die Antwort der russischen Delegation auf die Dokumente, die ihr nach einer Anzahl von offiziellen Besprechungen überreicht worden waren, derartig befunden worden ist, daß sie die Fortsetzung der Besprechungen zuläßt. Da die Antwort indessen einige Punkte enthält, die der Aufklärung bedürfen und die nicht allen annehmbar erscheinen, hat man es für angemessen erachtet, einen Ausschuss von Sachverständigen zu bilden, der sich aus fünf Mitgliedern für die fünf einladenden Mächte und aus zwei Mitgliedern für die anderen Mächte zusammensetzt. Diese Sachverständigen sollen in Übereinstimmung mit den russischen Sachverständigen die Note besprechen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Der Sachverständigenausschuss wird morgen vormittag seine Arbeiten beginnen.

Die Neunerkommission.

Wien, 21. April. (Antel.) Der Vorsitzende der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, Friedrich Adler, hat ein Telegramm der Exekutive der kommunistischen Internationale erhalten, in dem diese mitteilt, daß sie das auf der Berliner Konferenz der drei Exekutiven geschlossene Übereinkommen ratifiziert und als ihre Vertreter in der Organisationskommission zur Einberufung des proletarischen Weltkongresses Prossard, Clara Zetkin und Karl Kappel delegiert hat. Da die auf der Berliner Konferenz zur Wahl vorgeschlagene Neunerkommission nunmehr vollständig ist, beabsichtigt Friedrich Adler, die erste Sitzung der Neunerkommission zu einem möglichst naheliegenden Termin nach Amsterdam einzuberufen.

Abzugszahlungen für enteignete Konzessionen, Rechte und Beteiligungen Deutscher an öffentlichen Unternehmungen in Russland, China, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei und den ehemals reichsdeutschen Gebieten, mit Ausnahme Elßaß-Lothringens, sind in Berlin W. 35, Potsdamer Str. 122a b, Stelle für ausländische Wertpapiere, zu beantragen.

Lüttich, wo bist Du? Nach der Meldung eines rechtsstehenden Blattes soll Herr Kapp bei seiner Festnahme in Sachsig den ihn verhaftenden Kriminalrat gefragt haben, ob auch General Lüttich schon in Deutschland eingetroffen sei. Kapp rednet angeblich damit, daß auch die übrigen noch flüchtigen Angehörigen des Kapp-Putschs sich selber stellen werden. Zu solchem Optimismus liegt eigentlich wenig Anlaß vor, namentlich was den General v. Lüttich anbetrifft, der bekanntlich sein Ehrenwort für sein Bleiben verpfändet hatte, dann aber die Flucht nach dem Ungarlande vorgezogen hat, wo er sich in den Armen einer jugendlichen ungarischen Gemahlin den Verhältnissen entsprechend wohl befinden soll. Denn: noch getonen Putzchen ist gut ruh'n...

Frankreich braucht die Konferenz.

Wie wenig die Drohreden der Nationalisten dem Interesse der französischen Bourgeoisie entsprechen, zeigt die vom „Populaire“ mitgeteilte Tatsache, daß Donnerstag nachmittag gegen Ende der Börse in Paris eine Panik durch das Gerücht herbeigeführt wurde, die deutsche und russische Delegation seien von Genua abgereist. Es trat eine wesentliche Baisse ein. Nach Schluß der Börse aber hat sich das Gerücht als falsch erwiesen.

Polen bekommt eine englische Anleihe?

Marcel Cachin schreibt in der „Humanité“, am 31. März d. J. habe Polen gemeinsam mit den baltischen Staaten in die formelle Anerkennung Sowjetrußlands eingewilligt. Cachin fragt weiter: Ist es wahr, daß England in den letzten Tagen Polen eine Anleihe über einen erheblichen Betrag bewilligt hat und zu welchen Bedingungen soll diese Anleihe gewährt werden?

Polens innere Schwierigkeiten.

In mehreren Garnisonen Polens und Westpreußens ist es noch einer nicht unmöglichen Posener Denamierung aus Anlaß der Entlassung einer großen Anzahl von Offizieren aus den großpolnischen Regimentern und ihrer Ersetzung durch (galizische) Legionsoffiziere zu einer Offiziersrevolte gekommen. Sämtliche ehemals deutschen und russischen Offiziere haben sich zu einem Offiziersbund zusammengeschlossen und sofortige Abberufung der Legionsoffiziere gefordert. Eine Anzahl Offiziere ist daraufhin auf Anordnung des Warschauer Kriegsministeriums verhaftet worden.

Ein Dementi Georgiens.

Die georgische Mission in Berlin teilt durch den „Kul“ mit: Die Meldungen, daß Barrère gefordert habe, Georgien zur Konferenz in Genua hinzuzuziehen, und daß deswegen Tschitscherin einen Protest eingereicht hatte, entspricht nicht den Tatsachen. Diese Frage ist überhaupt nicht aufgeworfen gewesen.

Genuefer Berichterstattung.

Paris, 21. April. (DA.) Herr Guy Rouneron, Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“, drahtet in seiner Schilderung des Festbanketts bei de Facto: „Was die Deutschen anfangt, so haben sie gegessen. Damit ist alles gesagt oder vielmehr, damit ist nichts gesagt. Sie allein haben proportional mehr gegessen, als alle übrigen eingeladenen Delegierten zusammen. Rathenau insbesondere hat geradezu gegessen. „Er hat sich bis hierher vollgestopft“, sagte mir beim Herausgehen ein Gast.“

Wahrheit über Oberschlesien!

Breslau, 21. April. (Eig. Drahtbericht.) Die letzten Bluttaten in Oberschlesien finden in der deutschen Presse im Abstimmungsgebiet ein ganz anderes Echo als in den meisten reichsdeutschen Zeitungen. Selbst die „Kattowitzer Zeitung“, das Organ des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Schlesien, erklärt, daß die Ereignisse den polnischen Behauptungen über eine Breslauer Nordkommission recht zu geben scheinen. Der „Oberschlesische Courier“, der für die streng bürgerlichen deutschen Elemente spricht, die in Neu-Polen an der deutschen Kultur festhalten wollen, aber als lokale polnische Staatsbürger angesehen zu werden wünschen, wendet sich gegen die reichsdeutschen Zeitungen, die die Lage der Deutschen in Oberschlesien so düster und schrecklich wie nur möglich schildern. Damit schüßen sie eine Atmosphäre, die zur Vergeltung geradezu herausfordert. Sie unterscheiden sich damit kaum von gewissen polnischen Blättern aufreizendster Tonart. Der „Courier“ stellt eine Reihe von Faktummeldungen aus der „Deutschen Tageszeitung“, der „Kön. Volksztg.“ usw. zusammen und meint schließlich mit Recht, wenn die reichsdeutsche Presse so fortfahre, die wirklichen Verhältnisse in Oberschlesien tendenziös zu entstellen, dürfe man sich nicht wundern, wenn es immer wieder Elemente gebe, die sich unter Hintansetzung aller stilllichen Bedenken für berufen hielten, „das Vaterland zu retten“, koste es, was es wolle.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ für Oberschlesien nennt die Gleiwitzer Putschmeldung des „Berliner Tagebl.“ Befehlsnachricht dummer Sorte, den kein Mensch in Oberschlesien glauben werde. Die einzige Wirkung, die solche Verdrehungen hätten, seien gemessenermaßen die, daß auch ruhig denkende Engländer und Italiener in den alliierten Behörden sich von der Berechtigung der Klagen über deutsche Unehrlichkeit überzeugen müssen. Es sei tief bedauerlich, daß das „Tageblatt“ sich zum Abdruck von Material hergeben konnte, das aus den Spitzelzentralen militärischer Klaviers stammt.

Paris, 21. April. (WTB.) Die Botschafterkonferenz trat heute zusammen. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten gab von dem letzten Bericht des Generals Le Rond über die Ereignisse in Petersdorf und Gleiwitz Kenntnis. Die Konferenz regelte die Modalitäten bei der polnischen Besetzung der Dörfer auf dem rechten Weichselufer und befaßte sich mit der Inkraftsetzung des am 10. August 1920 unterzeichneten Vertrages zur Festsetzung der Grenze der Staaten Mitteleuropas.

Hilfesuchende Minderheiten.

München, 21. April. (TU.) Die von der Völkerbundliga eingesezte internationale Kommission zum Schutze der nationalen Minderheiten hat weiter die Vertreter der deutschen, slowakischen und ukrainischen Minderheiten in Polen, der deutschen und ungarischen Minderheiten in Südtirol, Jugoslawien und Rumänien vernommen. Auch Vertreter des an Belgien verlorenen Gebietes von Eupen-Malmédy sind zur Vernehmung eingetroffen.

Eupen und Malmédy.

München, 21. April. (WTB.) Die Vertreter der Kreise Eupen und Malmédy wiesen auf die Gewalttätigkeit des belgischen Gouverneurs Vallée hin, der die in seiner Proklamation zugesicherte Gleichberechtigung der deutschen und französischen Sprache und die Mitbestimmung der Bevölkerung ins Gegenteil verkehrt hat. Sie konnten sich dabei teilweise auf die Zeugnisse eines altbelgischen Blattes stützen, die die Regierung des Gouverneurs als eine Diktatur ohne jede Parlamentsaufsicht bezeichnet haben. Die Zoll- und Steuerwürde, die den Kreisen das Acht- bis Zwölffache der Steuerlasten auferlegt, die Günstlingswirtschaft bei der Eupener Regierung, die finanzielle Mißwirtschaft, die Unterdrückung der Presse, insbesondere aber die Kampfmahnahmen gegen die deutsche Sprache und die deutschen Schulen, wurden von den Vertretern besonders unterstrichen. Die Klagen gipfelten in dem folgenden Ausspruch: Wenn Belgien zu unserem Deutschland und zu uns nicht anders wird, dann werden auch unsere Kinder nicht Belgier sein. Wir sind Belgien nicht zugeteilt worden, weil wir von Belgien geliebt werden, sondern weil unser Gebiet ein strategisches Aufmarschgelände gegen Deutschland bildet. Man werde 95 Prozent der Bevölkerung wieder glücklich machen, wenn man sie Deutschland zurückgibt.

Wirtschaft

Deutsche Bank — Deutsche Petroleum A.-G.

Während die Blicke ganz Deutschlands nach Genua gelenkt waren, hat sich in aller Stille eine Kapitaltransaktion vorbereitet, die selbst in unserem Zeitalter der Verschmelzungen größter Betriebe eine Sensation bedeutet. Die Deutsche Bank vereinigt sich mit ihrer Tochtergesellschaft, der Deutschen Petroleum A.-G. und erhöht bei dieser Gelegenheit ihr eigenes Aktienkapital von 400 auf 800 Millionen Papiermark. Gleichzeitig soll aber eine neue Gesellschaft unter der alten Firma Deutsche Petroleum A.-G. mit einem Grundkapital von 150 Millionen Mark gegründet werden, die sämtliche Beteiligungen der bisherigen Gesellschaft an in- und ausländischen Unternehmungen der Petroleumindustrie ungefähr zu den bisherigen Buchpreisen erhält. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses für den Laien etwas undurchsichtigen Vorganges besteht darin, daß die reinen Finanzgeschäfte der bisherigen Deutschen Petroleum A.-G. von der Deutschen Bank übernommen werden und daß die neu zu gründende Gesellschaft zu einem reinen Unternehmen der Petroleumindustrie und des Petroleumhandels ausgebaut wird. Die Deutsche Bank rückt bei dieser Gelegenheit hinsichtlich der Größe des Grundkapitals wieder an die erste Stelle der deutschen Großbanken. Diese neueste Kapitalerhöhung bildet somit nebenher einen Ausschnitt aus dem seit längerer Zeit andauernden Wettlauf zwischen der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft, die bekanntlich erst vor wenigen Wochen ihr Kommanditkapital von 400 auf 610 Millionen Mark erhöht hat. Das gesamte Eigenkapital der Deutschen Bank (Aktienkapital und bilanzmäßige Reserven) beträgt nunmehr rund zwei Milliarden Mark.

Der Zusammenschluß einer Großbank mit einem industriellen Großunternehmen ist immerhin eine neuartige Erscheinung und legt die Frage nahe, welche wirtschaftspolitischen Gründe und Absichten wohl hierbei eine Rolle gespielt haben. Nach dem Verluste des wichtigsten Teils ihrer Auslandsinteressen (Steuera Romana in Rumänien) hatte die Deutsche Petroleum A.-G. für einen großen Teil ihrer freigemordenen Kapitalien nicht mehr so große Verwendungsmöglichkeiten im Auslande wie früher, zumal dem deutschen Kapital die Festsetzung in überseeischen Petroleumgebieten durch die eifersüchtige Wachsamkeit der amerikanischen und englischen Petroleumtrusts fast unmöglich gemacht wird. Im Inlande besitzt die Gesellschaft die Aktienmehrheit verschiedener Unternehmungen verwandter Art, vor allem auch in der Braunkohlenindustrie, die bekanntlich durch die neuzeitliche Gewinnung von Oel aus Kohle große Bedeutung erlangt haben. Außerdem ist es aber vielleicht kein Zufall, daß die schon seit längerer Zeit erwartete, aber immer wieder vertagte Umgestaltung der Deutschen Petroleum A.-G. unmittelbar nach der Veröffentlichung des deutsch-russischen Wirtschaftsvertrages bekanntgegeben wird. Russland verfügt im Kautschuk und andernwärts noch über ungeheure Vorkommen, die zwar in den letzten Jahren stark heruntergewirtschaftet wurden, aber verhältnismäßig leicht wieder zu einer großen Ergiebigkeit gebracht werden können. Da die deutsche Petroleumindustrie aus politischen Gründen und mit Rücksicht auf unsere schwache Baluta sich in den überseeischen Gebieten nur sehr schwer festlegen kann, so besteht immerhin die Möglichkeit, daß sie sich am Wiederaufbau der russischen Petroleumgewinnung beteiligt. Von russischer Seite würde zweifellos derartige Pläne ein größeres Entgegenkommen gezeigt werden, da Deutschland nicht mehr mit dem Verdachte politischer Eroberungsgelüste belastet ist.

Zuckerwirtschaft und Verbraucher.

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich am 19. und 20. April 1922 mit der gegenwärtigen Lage der Zuckerwirtschaft und sollte nach eingehender Besprechung folgende Entschlüsse fassen:

1. Der Ausschuss führt Klage darüber, daß seinem am 15. November 1921 aufgestellten Verlangen, die Genossenschaften reichlicher mit Zucker zu beliefern, nicht in vollem Umfang stattgegeben worden ist. Er wiederholt daher dieses Verlangen und weist darauf hin, daß von den Genossenschaften die Verkaufspreise entsprechend den Tagesforderungen der Fabriken eingehalten werden.
2. Der Ausschuss stellt auch erneut das Verlangen, die Zuckerwirtschaftsstelle möge sich unzugänglich einen Beitrag zur Seite stellen, in welchem neben anderen auch die Verbraucher und Genossenschaften vertreten sind. Die Zuckerwirtschaftsstelle würde damit sicherlich die großen Bedenken, welche gegen ihre Tätigkeit erhoben werden, einschränken, was in ihrem eigenen Interesse liegen dürfte.
3. Der Ausschuss behält sich vor, zu einem späteren Zeitpunkt die Frage der Zuckerverforgung erneut zu behandeln.

Der Banknotenumlauf der Reichsbank hat in der Monatsmitte, nachdem in der zweiten Aprilwoche allein wieder für 2,2 Milliarden Mark neue Banknoten in den Verkehr gebracht wurden, die Höhe von 134 Milliarden Mark erreicht. Außerdem sind an papiernen Zahlungsmitteln noch für 13,1 Milliarden Mark Darlehenskassenscheine im Umlauf.

Aus dem Eisenwirtschaftsbund. In der Sitzung des Inlandsarbeitsausschusses des Eisenwirtschaftsbundes am Donnerstag wurde seitens der Arbeitnehmer der Antrag auf Wiedereinführung von Höchstpreisen für Halbzeug- und Walzisen gestellt, der aber mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde. Nach Schluß der Sitzung des Eisenwirtschaftsbundes traten die Vertreter der Verbraucher, des Handels und der Erzeugerunternehmer im Deutschen Stahlbunde zu einer Besprechung über die Rohisenpreiserhöhung zusammen mit folgendem Ergebnis: Die von heute ab eintretende Rohisenpreiserhöhung von 194,30 M. für die Tonne Feilblech würde nach den früher getroffenen Vereinbarungen entsprechende Halbzeug- und Walzisenpreise zur Folge haben. Der Stabisenpreis würde sich hierdurch automatisch um 535 M. für die Tonne erhöhen müssen. Es wurde aber zugestanden, daß die seit dem 1. April geltenden Richtpreise für Halbzeug- und Walzisen trotz dieser Rohisenpreiserhöhung einstweilen unverändert fortbestehen soll, vorbehaltlich einer vom 1. Mai 1922 eintretenden Änderung, falls bis dahin eine anderweitige Preisregelung vorgenommen werden soll. Für solche Abschlüsse, die vor dem 1. April 1922 zu festen Preisen mit Kohlenkäufen getätigt worden sind, können die Preise nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen erhöht werden. — Die feste Haltung der Arbeiter gegen Preisenerhöhung hat also doch einigen Erfolg gehabt. Die Entscheidung, ob jetzt Höchstpreise eingeführt werden, liegt beim Reichswirtschaftsministerium, das vorläufig noch nicht zum Einschreiten gekommen ist. Da jetzt die Arbeiter bei der Beschäftigung über die Preise ausgeschrieben sind, wollen sie beim Reichswirtschaftsminister und beim Reichswirtschaftsrat vorstellig werden.

Aufhebung des Ledermonopols in Sowjetrußland. Die Sowjetregierung hat in Abänderung der bisherigen Bestimmungen, den An- und Verkauf und die Verarbeitung von Häuten und Kahlleder freigegeben. Die staatlichen Wirtschaftsorgane erhalten indessen das Vorkaufsrecht für den Ankauf von Häuten bei sämtlichen staatlichen Organen und Wirtschaftsbehörden. Alle Gewerbebetriebe und -werkstätten bedürfen für ihre Tätigkeit der Registrierung durch die lokalen Volkswirtschaftsräte. Die Registrierung kann verweigert werden, wenn die technischen Verfahren in den Betrieben den behördlichen Vorschriften nicht entsprechen. Die Ausfuhr von Häuten und Kahlleder nach dem Auslande soll im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen über den Außenhandel erfolgen. Die unter Beteiligung englischen Kapitals gebildete „Aktien-Gesellschaft für den Innen- und Außenhandel mit Leder“ durch ein Interat in der Sowjetpresse hat ihre Tätigkeit aufgenommen.

Kund um den Schwielowsee.

Unsere heutige Wanderung beginnen wir in Potsdam. Vom Bahnhof gehen wir über die Eisenbahnbrücke und durch die Leipziger Straße am Brauhausberg vorüber zum Ufer der Havel.

Der Weg führt uns unmittelbar am Ufer des Sees hin. Hier bemerken wir häufig langgestreckte wellartige Erhebungen von mehreren Dezimetern Höhe. Sie sind von den Eisschollen aufgeschwemmt worden, die beim Eintritt von Tauwetter auf das Land hinaufgeschoben wurden.

Die Potsdamer Chaussee führt uns durch Neu-Seltow zum Forsthaus Südbor. Durch das schöne Waldgebiet des Wildparks wandern wir zum Bahnhof Wildpark und treten von hier die Heimfahrt über Potsdam an.

Vernichtung eines Naturdenkmals.

Nachdem hier über die Bedrohung der letzten Waldbestände in Süd- und Ostpreußen, und der Havelnieder berichtet worden war, gelangt jetzt aus Hefendorf eine neue Schreckensnachricht an die Öffentlichkeit. In der von Hefendorf-Röhe nach Klein-Rachnow führenden Straße lag der sogenannte Rasnow-er Busch, eines der prächtigsten Naturdenkmäler, die Berlin in seiner näheren Umgebung noch besaß.

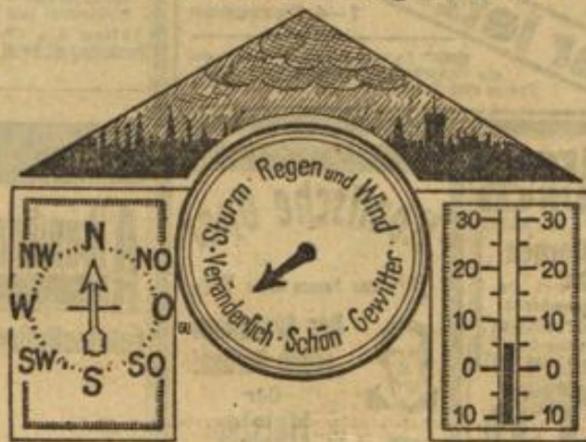
Allgemeinheit ein Interesse an der Erhaltung von Naturdenkmälern hat, dem absoluten Verfügungsrecht des Privatbesizers Grenzen gezogen werden.

Umsteigefahrtscheine und Sammelkarten.

Bei den Beratungen über die letzten Tarifserhöhungen bei den städtischen Werken und bei der Straßenbahn hat, wie erinnerlich, die Stadtverordnetenversammlung den Erhöhungen der Straßenbahntarife nur unter der Bedingung zugestimmt, daß die Straßenbahndirektion wieder die früheren Sammelkarten mit sieben Fahrten zu einem ermäßigten Preise von 20 M. einführt und die Bestimmungen über die Benutzung der Umsteigefahrtscheine dahin erweitert, daß diese nicht wie bisher zwei, sondern drei Stunden Gültigkeit haben sollen.

Die nächste außerordentliche Stadtverordnetenversammlung findet am Dienstag zur Beratung des Schiedspruchs und der städtischen Tarifserhöhungen statt. Um den Fraktionen vorher Gelegenheit zur eingehenden Stellungnahme gegenüber den Magistratsvorlagen zu geben, soll die Sitzung erst abends 7 1/2 Uhr beginnen.

Wie wird das Sonntagswetter?



Am Anfang dieser Woche strömte vom Atlantischen Ozean ein umfangreiches Hochdruckgebiet in dessen Mitte die Luftdruckwerte 775 mm überstiegen, nach Irland und dann weiter nordostwärts vor, während kleine Teile des vorangegangenen Tiefdruckgebietes in Mittel- und Nordeuropa zurückblieben.

Rognak mit Morphinum.

Die Geschichte von den verschwundenen 70 000 M. Mit einem fingierten Raub hatte sich das Schöffengericht Berlin-Mitte zu beschäftigen, vor dem sich der Kaufmann Hans Gammelin wegen Betrages zu verantworten hatte.

Selbstmord oder Verbrechen an der Waisenbrücke?

Im Laufe des Freitags wurde an der Waisenbrücke mit zwei Fahrzeugen des Reichswasserfahrwesens nach der Leiche der dort ertrunkenen weiblichen Person gesucht. Die Nachforschungen blieben jedoch gänzlich erfolglos.

Wie kurze geschoben werden.

In die Praktiken der Dunkelkammer, welche die Spekulationslust des Publikums für sich auszunutzen suchen, lenket folgende Zuschrift des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankergewerbes hinein:

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

Zu seiner Frau hatte Rorbj gesagt, zwischen Einar und ihm hätte es einen Knoten im Zwirn gegeben, und er wolle nicht zu ihm gehen, ehe der Junge nicht frisch genug sei, um über die Sache reden zu können.

Nachgerade war er sich vollkommen sicher geworden, daß seine Feinde den Jungen gegen ihn aufgehetzt hatten. Aber wer konnte nur so pfliffig gewesen sein? — Den Einar! — Ja, das war wirklich ein gutes Stück.

Aber diese Spannung, in der er in letzter Zeit lebte und wartete, daß Einar nach ihm senden sollte! Denn nach der Art, wie sie damals auseinandergegangen waren, konnte er ihn nicht wiedersehen, ehe der Junge nachgegeben hatte.

Aber ob er wollte? Ob er seinen Jungen wiederbekam? — Und wie sah es in seinen Gedanken wohl jetzt aus, als der Augenblick endlich gekommen war? Vorsichtig ging er die Treppe hinauf und mußte sich dabei am Geländer festhalten.

Beim Eintreten sah er gleich, wie mager der Junge geworden war. Der dünne Vollbart, der ihm während der Krankheit frei hatte wachsen dürfen, hatte ihn ganz unkenntlich gemacht. Einar hatte noch feuchte Augen und lächelnde Ängstlichkeit, indem er die Hand ausstreckte.

Ingeborg war mit hinausgegangen, aber als sie des Vaters Bewegung sah, glitt sie still wieder hinaus. So waren die beiden alleine. Der Alte preßte die Lippen aufeinander, während er sich setzte und die dargebotene Hand nahm. Die war so feucht und schlaff und mager, daß er ordentlich Angst hatte, zuzufassen. Einar sah, wie bewegt sein Vater war, und erschöpft und gespannt, wie er von vornherein war, brach er jetzt in lautes Weinen aus.

„Verzeih mir, Vater!“ Der alte Bauer stand auf und breitete die Decke besser über seinen Jungen. „Red' nicht davon!“ brachte er endlich heraus. „Und du darfst dir das jetzt nicht so nahe gehen lassen, das ist nicht gut für dich.“

Als der Alte ein wenig später in seinem Kontor alleine war, schnüffelte er, als wenn er Schnupfen hätte: „Gott sei

Lob und Dank!“ sagte er und blickte an die Zimmerdecke. — „Dank, daß ich meinen Jungen wiederhabe!“

Er ließ sich auf das Sofa fallen, blieb da sitzen und starrte vor sich hin. Seine Knie zitterten. Wie war so Großes auf Rorbj hereingebrochen. Einars Krankheit war eine höhere Fügung. Jetzt verstand er es.

„Dank!“ sagte er wieder mit einem Blick nach oben. Man stelle sich vor, eine Mutter bekäme ihr Kind wieder, das ihr Räuber genommen hatten, und man wird es verstehen, daß ihr Jubel keine Grenzen kennt, daß aber auch ihr Haß gegen den Räuber, die Angst, er könne wiedertreten, der Trieb, ihn unschädlich zu machen, ebenso groß ist, wie ihr Glück. So ging es jetzt Rorbj. Witten in seiner Freude mußte er an Wangen denken. „Es ist dir nicht geglikt,“ dachte er. „Es gibt noch einen, der ist stärker als alle eure Anschläge.“

Und wie er dort saß und in seinem unbeschreiblichen Glücke Gott dankte, erschien ihm zugleich Wangen und die anderen Feinde wie dunkle Mächte, die wiedertreten könnten. Aber wahrhaftig, jetzt sollten sie unschädlich gemacht werden.

„Aus der Gemeinde soll er heraus!“ dachte er in seiner Mischung von Wut und Freude. „Jetzt hat er genug Unheil angerichtet. Zuchtshaus ist nicht genug. Er mußte des Landes verwiesen werden!“

Und wenn Rorbys bester Freund jetzt sagen wollte: „Aber du hast doch für diesen selben Wangen gutgeschrieben“ — Rorbj hätte ihn niedergeschlagen. Der Herrgott mußte es ja wissen, das war gelapen. Konnte dieser Mann eine reine Weste anhaben, der zu solch teuflischen Mitteln griff! Rein, nein, nein! Wenn dem Alten solch ein Gedanke kommen wollte, ergriff ihn ein Ekel, daß er ihn am liebsten ausgespuckt hätte. Rein, er war in seinem guten Recht. — Da kam dieser Teufel und behauptete, Rorbj habe dies Schriftstück im Grand unterschrieben! Oh, du großer Gott!

„Dank, Herr Gott!“ — Aber jetzt soll er aus der Gemeinde verschwinden!

Endlich kam der Tag, daß Frau Wangens Vater und Bruder ihren Hof verlassen sollten. Sie hatte sich bestimmt, ganz früh aufzustehen, um hinzugehen und hier und da mit Hand anzulegen. Aber schon um vier Uhr morgens wachte sie

davon auf, daß es bei ihnen klopfte. Sie wunderte sich, stand auf, nahm etwas um und ging zur Tür.

„Wer ist da?“

Es war ihr Bruder.

Als sie abgeschlossen hatte, sah sie im Dämmerlicht, daß er ganz verstört war.

„Was ist denn geschehen?“

„Der Vater!“ flüsterte er entsetzt und blieb draußen stehen.

„Kommt doch herein! Was ist denn los mit Vater?“

Ihr Bruder antwortete nicht gleich, sondern ging an ihr vorbei ins Zimmer und ließ sich schwer auf einen Stuhl fallen. Aber in der Zeit war ein solches Entsetzen über sie gekommen, daß sie nicht mehr zu fragen vermochte, sondern stumm vor ihm stehen blieb und wartete.

Und wie sie da im Halbdunkel stand, in ihren Schalk gehüllt, erzählte ihr Bruder so vorsichtig er konnte, daß sie schon gestern abend den Vater vermisst hätten. In der ganzen Nachbarschaft waren sie herum gewesen und hatten nach ihm gesucht und gefragt. Aber schließlich fanden sie ihn zu Hause in der Scheune hängen. —

Als Wangen an diesem Morgen endlich herunterkam, sah seine Frau noch immer in der gleichen leichten Umhüllung im Zimmer und starrte vor sich hin. Es gab keinen Kaffee, nichts war gemacht. — sie sah nur da.

„Aber liebe Karen — was ist denn los?“

„Nichts!“ sagte sie tonlos vor sich hin.

Aber auch an diesem Tag mußte sie hin und her und des Tages Arbeit tun. Das älteste Mädchen mußte zur Schule, die beiden Kleineren angezogen werden, und auch heute mußte sie den schweren Gang zum Hofe tun, um Essen und Milch zu holen.

Aber die ganze Zeit ging ihr alter Vater mit ihr. Ehe er arm von dem Hof ging, der seiner Familie seit jeher gehört, schied er lieber selber aus dem Leben. Und sie sah ihn hängen an seinem dünnen Hals, — in dieser Scheune, in der sie so oft Blindkuh gespielt hatte. Und die ganze Zeit sagte er: „Du bist schuld daran! Warum hast du ihn genommen? Da hast du's!“

Wie sie da ging, mußte sie sich anstrengen, daß ihre Füße ihr nicht den Dienst versagten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Armenier unter Mordverdacht.

Gegenüberstellung mit den Augenzeugen des Türkenaffens.

Die verdächtigen Studenten Belerian und Unanoff wurden gestern mittig von Regierungsrat v. Criegler aus Leipzig und Kriminalkommissar Weigel von der Abteilung 1a des Polizeipräsidiums sofort im Kraftwagen nach der Hildbrandstraße gebracht und dort der Witwe Talaat Paschas und anderen Augenzeugen gegenübergestellt.

Erhöhung der Bricketpreise. Infolge der Erhöhung der Produktionspreise ist eine neuerliche entsprechende Heraufsetzung der Kleinverkaufspreise für Bricketts erforderlich geworden.

Von Jäffern folgequersch. Am Freitag mittig fuhr der Aufscher Schaf aus der Buttmanstraße 29 mit einem Postwagen über den früheren Exerzierplatz der Luftschiffertafel in Ziegel.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch reichlich, Geschäft lebhafter. Fische ausreichend, Geschäft roge. Obst und Gemüse schwach, Geschäft still.

Am Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

- Schweinefleisch 35-45 M. Rindfleisch 30-35 M. ohne Knochen 36-42 M. Kalbfleisch 30-40 M. Hammelfleisch 31-39 M. Schellfisch 7-10 M. Seelachs 7 M. Dorsch 4,50-9 M. In Eis: Schleie 21 bis 26 M. Hechte 20-26 M. Aale 35-50 M. Lebende Barsche 30 M. Karpfen 30-34 M. Bleie 18-21 M. Grüne Heringe 6-8 M. Naturbutter 55-68 M. Margarine 32-44 M. Schweineschmalz 45-48 M. Eier 4-4,30 M. Wirsingkohl 8-8,50 M. Weißkohl 7 M. Rotkohl 10 bis 11 M. Wilde Karlechen 23-27 M. Puten 60 M. Hühner 50-60 M. Mastgänse 90 M. Tauben 50 M. zwei Stück. Erdäpfel 14-16 M. Korbirnen 7-8 M. Apfelsinen 3-7,50 M. das Stück. Zitronen 1,50 M.

Jahrelängige Brandstiftung eines 5jährigen Knaben. Am Freitag vormittag gegen 11 Uhr kam in dem Hause Rosenthaler Str. 40 ein Dachstuhlbrand aus. Der Schaden ist bedeutend.

Bei einem schweren Aufwühlung wurden Freitag nachmittag auf der Chaussee Burg-Schermern, Bez. Magdeburg, der Fabrikbesitzer Rußke und sein Direktor Stumpf, Berlin getötet.

Ganz Monastir in Flammen.

Mehr als 1800 Menschen ums Leben gekommen. Die Explosion, die sich in Monastir ereignete, hat sich zu einer unerhörten Katastrophe ausgewachsen, die in ihrer Größe selbst das

fürchterliche Unglück in Oppau überzieht. Die Explosion vernichtete ganze Stadtteile. Hunderte von Häusern sind eingestürzt und begruben die Einwohner unter ihren Trümmern. Ganze Straßenzüge sind in Trümmerhaufen verwandelt worden.

Räuberromanzi an der Riviera. Im Badwagen des Personenzuges, der von Marseille nach Nizza fährt, war eine Kiste mit 220000 Franc für den Bahnhof La Ciotat untergebracht.

Opernhaus Tosca, Schauspielhaus Der Kronprinz, Deutsch. Theat. Cyrano von Bergerac, Kammerspiele Der Molster, Gr. Schauspielh. Judith, Theater L. d. Königgrätz. Str. Die wunder. Hb. Geschichten d. Kameleisters Kreiser, Komödienhaus Gretchen, Berliner Th. Madame Flirt, SO. VA. Internat. Varieté, Metropol-Varieté, Casino-Theater, Rennen zu Karlshorst.

BERLINER THEATER Sonntag, den 23. April, 3 Uhr: Letzte Nachmittags-Vorstellung der Operette Ausschneiden!! Der letzte Walzer

Folies Caprice Neues Operett-Theat. Lady Chic, Scampolo, Schuster Aiolos, 5 Frankfurter.

APOLLO Venus auf Erden, Grete Sellin, Martin Kettner, Fritz Spira, Erna Alberti, Eise Reval.

Circus Busch Morgen 2x 7 1/2 Uhr, Störtebeker, Romische Oper, Der Sensationserfolg Berlins! Der Meister vom Montmartre!

Alhambra Varieté am Moritzpl., Letzte Woche Celly de Rheidt, Senta Söneland, und das Riesenprogramm 1 bis 29 Mk.

Trabrennen Mariendorf Sonntag, d. 23. April, nachm. 7 1/2 Uhr 8 Rennen Gesamtprize H. 254 000.-

Russ.-Deutsch.-Th. D. blaue Vogel, Goltzstraße 9, Nollendorf 1613, Anfang 8 1/2 Uhr.

1 1/2 Dinsful Ziehn, werden durch die Stoff-Letzte erlegt, am besten im Essen von Roffe, Kalle, Tee usw. Ziehn und Ziehn.

Admirals-Palast Nur noch bis 23. April geöffnet, Tagl. 7 1/2 Uhr: Große Revue.

Reichshallen Th. Allabendl. 7 1/2 Uhr, fest. abend. 10 Uhr, Stettiner Säng. or. Naha. Halle Pl. Dösch. Brettl. Int. 7 1/2 U.

Möbel kaufen Sie sehr vorteilhaft im Spezial-Möbelhaus G. CAMNITZER, Schönhauser Allee 82.

Möbel noch zu billigen Preisen solange Vorrat reicht, Bar od. Teilzahl.

Anzüge, Kleider für Herren für Damen auf bequeme Teilzahlung GREBLER Weinbergsweg 4 am Rosenhaller Platz.

Möbel-Cohn Gr. Frankfurt. Str. 58, Fil.: Badstr. 47/48.

Garderobe auf bequemste Teilzahlung bei billigster Preisberechnung HERREN-DAMEN-Anzüge, Cutaways, Paletots, Kostüme, Röcke, Kleider.

Zielka Friedrichstr. 59-60 Ecke Leipziger Str. Heltzer Spiele Margaretenaal, Tagl. 2 Vent. 4 1/2 u. 7 1/2.

M. Beiser, Lothringer Straße 67, Regenmäntel BURSCHEN-ANZUGE.

Verkäufe, Reihhaus Spiegel, Chauffestrasse 7, Gebirgs Spiegel, Chauffestrasse 7, Reihhaus Friedrichstraße 2, Reihhaus Friedrichstraße 2, Reihhaus Friedrichstraße 2.

Wettbewerbe billig! Diese Woche (abheft) billiger Verkauf an enorm ermäßigten Preisen, Direkter Verkauf an Preisunterbieten ohne Zwischenhandel.

Möbel, Chaiselongues, Umbauojas, Aufhänge- matten, Patentmatten, Walter, Stargarder Straße achtzehn, Metallbetten 50.-, Chaiselongues 27.-, Patentmatten, Holzauflagen, Kinderbetten, Weide, Auguststraße 32, Duesenbäude.

Geschäftskäufe, Für Büchlerische Jude bringend Geschäft mit tadellosen Wohnungen, Unterricht, Heinrich Kanzer Privat-Zuschneidenschule Alexanderplatz, Robert Kanzer Privat-Zuschneidenschule (Caro-System), Inhaber Alfred Kanzer, Friedrichstr. 61, gegründet 1871.

Beamtens-Gesuch, Saargebiet, politischer Redakteur, Sozialistischer Arzt, Tüchtige Automaten-Einrichter, Betriebsleiter, Werkzeugkontrollenre, Lehrling.